

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 15 Pf. Anzeigenannahme an Wochentagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostasse Nebra — Wambereiner Artzen.

Nr. 12

Sonnabend, den 28. Januar 1928

41. Jahrgang

Ein Armutszeugnis.

In den nächsten Tagen tritt der Reichsverband der Deutschen Landwirte in eine Tagung zusammen. Neben manchen anderen steht auch das ewig alte und ewig junge Thema „Forderung der Wohnungsbaufähigkeit“ auf der Tagesordnung.

Eine Denkschrift der Reichsregierung verfuhr vor kurzem nachzuweisen, daß die Wohnungsnot in den Gemeinden von 5000—20 000 Einwohnern verhältnismäßig weniger schlimm ist als in den größeren Städten, geschweige denn in den Großstädten. Das mag richtig sein, aber sie ist trotzdem schlimm genug. Man kann es auf Grund dieser Feststellung ja vielleicht verstehen, daß in solchen Fällen die Mittel, die man hauptsächlich für die Förderung des Wohnungsbaus einsetzt, hauptsächlich zum mindesten in verhältnismäßig höherem Maße dort gegeben werden, wo die Not am größten ist, aber die Landgemeinden verstehen demgegenüber den Standpunkt: Die Wohnungsnot in den Großstädten hat ihre Ursachen nicht zuletzt in der ungenügenden Wohnveränderung von Lande. Die die Wohnungsveränderung der Wohnungsnot in den Großstädten eher noch gefördert wird, während der dortige Wohnungsmangel jetzt noch etwas hemmend wirkt. Hierin liegt zweifellos ein richtiger Kern; verdient doch Berlin sein Wohnraum bedürfnis der Zuwanderung, die die Wohnungsveränderung erheblich übertrifft, während in Berlin mehr Menschen sterben als geboren werden. Und schließlich kann man es den Landgemeinden nicht verdenken, daß ihnen das Heim der eigenen Wohnungsnot näher ist als der Not des Wohnungsbedarfs in den Großstädten. Wohlfühlenspolitisch ist das aber durchaus zu unterstützen, weil die Wohnungsveränderung unerschütterlich auch die Wohnungsveränderung fördert; offenkundig denkt so mancher, er werde in der Großstadt „Hilfing“ schon finden — nun dann allerdings in der Regel bitter enttäuscht zu werden. Vor Berlin ist ganz besonders zu warnen; denn dort gibt es schon über 100 000 Wohnungen zu wenig und die Verwaltung hat gerade in den letzten Tagen mitteilen lassen, daß in dem jetzt beginnenden Baujahr nur 18 000 neue Wohnungen errichtet werden können, da für weitere die Mittel fehlen. Der jährliche Aufgabebestand beträgt also 20 000. Auf eine Verinerung der Berliner Wohnungsnot ist also nicht nur nicht zu rechnen, sondern es wird dort eher noch schlimmer werden.

Und wie wird es sonst werden, ganz allgemein im Reich? Eine Denkschrift der Reichsregierung bespricht den augenblicklichen Bedarf an Wohnungen, also die Zahl der fehlenden, auf 600 000. Das ist sehr niedrig gerechnet, da die Feststellung nicht auf Gemeinden beschränkt, die weniger als 5000 Einwohner aufweisen. Und jedes Jahr — seit 1919 — ist ein durchschnittlicher Aufgabebestand von 200 000 Wohnungen zu verrechnen notwendig. Geht es aber in diesen ganzen Jahren erst ein einziges Mal gelungen, so viel neue Wohnungen zu bauen, wie dieser Aufgabebestand betrug. Das war 1926; hoffentlich wird man es demnächst auch vom Jahre 1927 Jahre können. Aber es sind nur ein paar tausend Wohnungen, die mehr als nur den Aufgabebestand decken, unerschöpflich gegenüber dem gewaltigen Fehl von 600 000. Groß ist die Hoffnung in Berlin, daß es demnächst auch nicht, daß in nächster Zeit eine radikale Verinerung der Wohnungsnot eintritt; man tröstet sich vielmehr damit, daß sich ab 1935 die — Kriegskosten geltend machen würden. Kriegskosten? Ja, denn in den Jahren 1917—1919 ist ein sehr beträchtlicher Anstieg der Geburtenzahl eingetreten, der sich 20 Jahre später auch in der Wohnungsnotfrage auswirken wird. Diese Kalkulation ist zweifellos richtig, aber — ein Armutszeugnis. Und im Zusammenhang des Preussischen Landes hat man gerade erklärt, daß die Aussichten für die Wohnungsnotausbesserung infolge Kreditmangels und fehlender Mittel durchaus nicht rosig sind.

Das braucht eigentlich erst gar nicht berichtet zu werden; denn sie waren überhaupt nie rosig.

Deutschland und Litauen.

Beginn der Berliner Verhandlungen.
Nachdem in einer Unterredung zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und dem jetzt in Berlin weilenden litauischen Ministerpräsidenten Wolde Maras die grundsätzlichen Fragen für die deutsch-litauischen Beziehungen geklärt worden sind, haben heute die Unterhandlungen mit den einzelnen Sachberatern begonnen. Es wird mit einer etwa zweiwöchentlichen Verhandlungsdauer gerechnet. Über den Inhalt der Verhandlungen wird voraussichtlich erst nach deren Abschluß Näheres mitgeteilt werden.

Beistand für Landwirte gesichert.

Die Spanne zwischen Vieh- und Fleischpreisen.
Die immer eindringlicher laut werdenden Notrufe aus der Landwirtschaft haben nunmehr zu bestimmtem Erfolg geführt. Im Haushaltsausschuß des Reichstages werden die von den Regierungsparteien vereinbarten Anträge im Interesse der Landwirtschaft angenommen. Sie haben zum Inhalt einmal die Gewährung von zweifelhafte zu sichernden Krediten zur Entlastung der

drückenden schwebenden Schuldverpflichtungen der Landwirtschaft; diese Kredite sollen auch zur Verlichterung der Kredite der Roggenzüchter verwendet werden. Voraussetzung ist, daß die rationelle Fortführung der Betriebe erlaubt werden kann. Die Reichsregierung soll ferner erlaubt werden, für Sinausschreibung der Rückzahlungsfrist eine bei der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste Sorge zu tragen.

Auch soll bei den Landesfinanzämtern auf Inzertat und Steuerermäßigung hingewirkt werden. Endlich wird die Reichsregierung um eine Denkschrift über die wirtschaftliche und soziale Lage der Landwirtschaft sowie über die sozialen Verhältnisse der Landwirtschaft ersucht. Ausnahme fand auch ein demissionärer Antrag, zum Zwecke der Hebung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft die Preise für die künstlichen Düngemittel in ein angemessenes Verhältnis zur Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung zu bringen.

30 Millionen zur Regelung des Viehmarktes.

Während der Ausfrage nahm Reichsminister Schiele noch zu mehreren Fragen Stellung und führte aus:
Auf dem Gebiete des Vieh- und Fleischmarktes herrscht ein völlig unangenehmes System, das geändert werden muß. Es muß wieder eine vernünftige Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen hergestellt werden. Anmessen der Reichsregierung gab der Minister die Erklärung ab, daß das Vieh zur Organisation des Absatzes von Schlachttvieh und von Fleisch und von Einrichtungen, die diesen Zwecken dienen, Mittel bis zum Betrage von 30 Millionen Mark zur Verfügung stellen werde.

Über diese Erklärung des Reichsernährungsministers enthielt sich eine längere, zum Teil kritische und ablehnende Diskussion. In einem Bericht Reichsminister Schiele ausführte: Es trifft nicht zu, daß die Einfuhr von Geflügel quantitativ geringer ist als die Einfuhr von anderem Fleisch. Die Einfuhr von Fleisch betrug für das Jahr 1927 insgesamt 2 099 542 Doppelzentner, davon sind ungefähr 12 Millionen Doppelzentner aus Frankreich. In der weiteren Debatte sagte der Minister: Es ist hier die Frage der Fortsetzung der Verhandlungen anlage aufgeworfen worden. Dazu kann ich erklären, daß die Idee bewahrt ist, aber die wirtschaftliche Grundlage ist noch zu prüfen. Im Jahre 1926 sind 400 000 Mark für Verträge zu erhalten, für die die Regierung die Möglichkeit dazu vorliegt, werden wir diese Frage der Verwirklichung zuführen. Der Reichsausschuß ist hier weiter ausgebaut worden. Für die Förderung der Wirtschaftlichkeit ist es mir gelungen, vom Reichsausschuß Mark zu erhalten, so daß die Regierung die Summe jetzt insgesamt 18 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

Dr. Luther bleibt bei der Reichsbahn.

Keine klare Rechtsgrundlage.
Reichsanwalt a. D. Dr. Luther hat eine Erklärung verbreitet, in der er die Weigerung auspricht, zugunsten der preussischen Reichsanwaltschaft aus dem Verwaltungsrat der Reichsbahn auszuscheiden.

Der streitige Punkt der ganzen Angelegenheit sei der, daß das bekannte Urteil des Staatsgerichtshofs keine Verpflichtung irgendwelchen Mitgliedes des Verwaltungsrats zum Austritt festlegt und also die Pflicht jedes Verwaltungsratsmitgliedes, das von ihm übernommene Amt weiterzuführen, nicht aufhebe. Das Urteil des Staatsgerichtshofs enthält nichts weiter als die Anerkennung eines Anspruchs Preussens auf Ernennung eines von ihm ausgesuchten Mitgliedes des Verwaltungsrats. Das Gesetz keine freie Überprüfbarkeit der Ernennung bis auf eine einzige Ausnahme, die aber mit dem vorliegenden Falle nichts zu tun habe. Es könne nicht Sache des einzelnen Mitgliedes des Verwaltungsrats sein, die allgemeine politische Verantwortung für die Ernennung des Mitgliedes auf sich zu nehmen. Der dritte Punkt der Angelegenheit, die preussische Regierung müsse eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs betreiben, die eine klare Rechtsgrundlage bringe.

Die Grenzen für Kleinrentnerentschädigung.

Wo soll der Rechtsanspruch aufhören?
Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat sich bei der Beratung des Gesetzesentwurfs zur Festlegung der Rechtsansprüche der Kleinrentner die Frage, bis zu welcher Grenze Kleinrentner unter das Gesetz fallen sollen. Es lag ein Antrag der Deutschen Volkspartei vor, nach dem nur diejenigen einen Rechtsanspruch erhalten sollten, die im Besitz eines Sparguthabens von mindestens 10 000 Mark bzw. eines Zinsrentenbetrags von 500 Mark gewesen sind, während von sozialdemokratischer Seite beantragt wurde, die Grenze des Rechtsanspruchs schon bei 1000 Mark festzulegen. Der Ausschuss entschied sich dahin, daß die Grenze von 1000 Mark nicht in Frage kommen könne, teils, teils aber eine feste Ziffer noch nicht an. In der Sitzung der Regierungsparteien erwartet man, daß im interfraktionellen Ausschuss eine Einigung dahin zustande kommt, daß der Rechtsanspruch auch hinsichtlich der Grenze des Sparguthabens so gestaltet wird, daß möglichst weite Kreise befriedigt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Finanzlage der Reichsbahn.
Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigt sich eingehend mit der finanziellen Lage der Gesellschaft. Er nahm davon Kenntnis, daß der Abschluß der Forderungsreform und die Erhöhung der Ertragskraft die wesentlichen Ziele der Forderungsreform ausgedehnt betreffen haben und daß eine gewisse Zielsetzung von Preisen für Material- und Fertigerzeugnisse eingetreten ist. Die Frage der Ausgaben für Unterhaltung und Erneuerung der Reichsbahn-Anlagen und insbesondere die Frage der Bedienung des Kapitalbedarfs für laufende Anlagen standen im Mittelpunkt der Beratungen. Der Verwaltungsrat wird seine Beratungen in kurzer Frist fortsetzen. Die sachungsmäßigen Vorschläge wurden vorgenommen. Sie ergaben die Wiederwahl der Herren Dr. C. v. Siemens als Vizepräsident, Staatssekretär a. D. Dr. Stieler als 1. Vizepräsident und Generaldirektor Maurice Margot als 2. Vizepräsident.

Was die Reichstagsabgeordneten sollen.
Nach einer letzten bekanntwerdenden Auffassung haben die Aufwandsentscheidungen der Reichstagsabgeordneten sich seit 1924 verdoppelt, da sie früher von 2,29 auf 4,44 Millionen Mark gestiegen sind. Sie betragen sich heute auf 9000 Mark für jedes Mitglied des Reichstages, zu denen noch die Reisekosten mit 1,25 Millionen oder 2500 Mark pro Serie hinzukommen. Daraus beziehen die Abgeordneten Entschädigungen für die Teilnahme an Unterzungsausschüssen.

Die Haftmüdigkeit im Strafrecht.
Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurde der 15. Abschnitt, der die Haftmüdigkeit behandelt, erledigt. Im § 217, der die Weitergabe falschen oder verzinnten Geldes, das als echt angenommen ist, mit Gefängnisstrafe bestraft, wurde die Strafperiode von sechs auf drei Monate beschränkt.

Anfechten für Kleinwohnungen produktiv.
Der Haushaltsausschuß des Preussischen Landtages nahm einen Antrag der Abgeordneten Dr. Eidenmühl, Dr. Grundmann und Verkenauer an, durch den die Staatsregierung ersucht wird, ihren Einfluß in der Beratungsstelle für äußere Landesangelegenheiten dahin geltend zu machen, daß die Minderheiten durch eine Bestimmung ergänzt werden, die die fünfzig Anfechten für Bauweise von Kleinwohnungen als produktiv anerkannt werden.

Die Preussische Staatsanwaltschaft.
Der Preussische Staatsanwaltschaft wurde die Möglichkeit ihrer Weidung beschränkt. Die Weidung hatten die Nachrichten von der Festnahme einiger Reichsbahnangehörigen in Gießen und in Fulda mit Unterbreitungen von einer großen Landesvertragsaffäre ausgeschüttet. Es handelte sich dabei um fünf Funktionäre. Von zukünftiger Stelle wird nun nicht mehr die militärischen Vorgelegenheiten seien eingeworfen wegen unvollständiger Kenntnis von den Umständen. Auch Unvollständigkeit ist den Funktionären selbstverständlich verboten, da sie unter Umständen Schäden bringen kann. Es wäre also wahrscheinlich nur militärische Angelegenheiten in Frage. Die Sachlage wird kurzzeitig untersucht.

Aus In- und Ausland.
Berlin. Der preussische Staatsrat wählte Oberbürgermeister Dr. Wenzel-Rubin wiederum zum Präsidenten. Ebenfalls wurde der erste Vizepräsident Graf Weyersdorff während an die Stelle des bisherigen zweiten Vizepräsidenten, Oberbürgermeister Wolf, nunmehr Landrat v. Wredow-Ratzenow tritt.

Berlin. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages hat eine Große Anfrage eingebracht, die die Abklärung der von Abgeordneten eingebrachten Sache „Johann Deimel“ betrifft. Die preussische Regierung wird gefragt, was sie zu tun gedenkt, um diese wichtige Angelegenheit der Aufklärung zu verbinden.

Berlin. Reichsrat v. Siedler und Dr. Sora haben seinen Vorschlag als Präsident der Vereinigung der deutschen Bauvereine niedergelegt.
Schwerin. Die mecklenburgische Forderungslage wurde im Haushaltsausschuß des Landtages nach langwieriger Beratung angenommen.
Paris. Der Hauptauschuss der Kammer hat sich mit 6 gegen 5 Stimmen grundsätzlich für die Ausdehnung des Wahlrechts bis zum 14. Lebensjahr (bisher bis zum 12. Lebensjahr) ausgesprochen.
Breslau. Der zweite Vortag des Reichstages über die der hundertjährigen Laufe gegebene Name Tomilla ist der letzte des ersten Protokollens, der im Jahre 1928 erfolgt.

Wegla. Die Polizei hat eine katholische Schulaufsicht geschlossen und im Zusammenhang damit etwa zwanzig Lehrerinnen verhaftet, die der Verteilung von Propagandaschriften gegen die Regierung beschuldigt wurden.
Dresden. Die Landesbevölkerung in Dresden verzeichnete eine große Unterdüngung, an der etwa 25 000 bis 30 000 Personen teilnahmen. Der Geschäftsführer des Oberlandesverbandes Dr. Müller, forderte eine unverzügliche Behebung der Not der Landesbevölkerung. Der Sachverständigenrat der Landesbevölkerung, des Landesrates, der Arbeiter und der Kaufmannschaft. Es wurde eine Denkschrift mit den von

der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem Gewerbe aufgestellten 3 oder 4 Punkte zu verlesen, die in den nächsten Tagen der Reichsregierung überreicht werden soll. Hierin wird verlangt, Sperrung der Grenzen gegen alle überflüssigen Auslands-einfuhr, Schutz der Landwirtschaft, durch Zollschutz, den die Industrie, Vereinigung des Steuerwesens, Steuererlass für notleidende Handwerker und Kaufleute, Verminderung der öffentlichen Ausgaben und Ausgaben, ägyptische Parität der öffentlichen Arbeit und Verabfolgung des Beamtenbesoldung, einheitliche Auslegung der Durchführung des Beamtenbesoldungsgesetzes, Abbau der sozialen Steuern, Zulassung freiwilliger Arbeiter bei nach der schrittweisen Arbeitszeit, planmäßiger Abbau der Wohnungswirtschaft und Förderung der Bauwirtschaft, Vergabe von langfristigen billigen Krediten mit dem Ziele der Entschuldung. Nach Schluss der Vermittlung manifestierten die Teilnehmer in zwei Deklarationszügen durch die Stadt. Eine Resolution handelte sich zum oberbürgerlichen Staatsministerium, um ihm die Forderungen der Handwerker zu unterbreiten.

Aus der Umgegend

Neuba, 28. Januar.

Verlegung der städtischen Kassen. Die Ausbaurbeiten an dem von der Stadt erworbenen Grundstück Wasserweg 10 sind nunmehr soweit gefördert, daß die Inbetriebnahme der Räume erfolgen kann. Die Ueberlieferung erfolgt bereits heute Sonnabend, weshalb die Kassen für diesen Tag geschlossen bleiben. Am Montag wird der Betrieb aller Kassen in den neuen Geschäftsräumen eröffnet. Wir verzeihen noch besonders auf die Belästigung durch den Magistralen in der heutigen Ausgabe des Anzeigers.

Abbau. Wie alle anderen Behörden, so baut auch die Justizbehörde. Es sind dabei, ebenso wie die anderen Behörden, unten an. Durch Verfügung des Herrn Präsidenten des Strafvollzugsamts im Einvernehmen mit dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten und dem Herrn Generalstaatsanwalt in Naumburg a. S. vom 10. d. Mts. wird das Neubaer Gerichtsgefängnis geschlossen und gänzlich aufgelöst. — Ob dieser Abbau sich als zweckmäßig erweisen wird, muß abgewartet werden.

Steuererklärungen betr. Eine für alle Steuerpflichtigen wichtige Bekanntmachung läßt das Finanzamt im Ansehung der heutigen Ausgabe unseres Blattes ergehen. Durch pünktliche Einhaltung der Termine für die abzugebenden Steuererklärungen wird nicht nur den überlassenen Beamten am Finanzamt zeitraubende Arbeit vermieden, der Steuerpflichtige selbst vermeidet dadurch viel eigenen Verdruß, ja schließlich empfindliche geldliche Benachteiligung. Und gemacht muß die Arbeit der Formularausfüllung schließlich doch werden. Also erfüllen jeder gute Staatsbürger seine Pflichten pünktlich und gewissenhaft.

Maskenbälle. Ein fröhliches Bößchen wird am Sonntag in den Räumen des hiesigen „Rakellers“ und im Geschoß in Großraumen Einzug halten und sich für eine Nacht dort niederlassen. In beiden Lokalen finden Maskenbälle statt, für die sich zahlreiche Masken bereit gemacht haben. Die nur als Besucher das fröhliche und lustige Treiben beobachtenden Besucher werden gewiß, hier wie dort, sicher auf ihre Rechnung kommen.

Die Stadtschiffspiele zeigen am Sonntag ihren neuen Reiz durch ein ausgezeichnetes Programm, mit dem sie den Beweis erbringen werden, daß nirgends bessere Unterhaltung zu finden ist als im Kino.

Doppeltenfahrt nach Erfurt. Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Dienstag die Ammelbeiter zur Teilnahme an der Doppeltenfahrt, die am 26. Februar stattfindet, abfährt. Zur Aufführung gelangt eine der zugkräftigsten und schönsten Opern: „Die Garbofsküken“ von Kallman. Der Eintrittspreis für die Theaterkarte einschließlich der Kleiderabgabe, des Personenverkehrs und des Ein- und Rückfahrts beträgt 5.— Mr. Melungen nimmt bis zum oben genannten Tag Herr W. Gutschmidt entgegen.

Denk an die Gesellenprüfung. Zu Herrn beendet wieder eine Anzahl von Handwerkslehrlingen ihre Lehrzeit. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Befehl der Lehrzeit für die Gesellenprüfung unterliegen soll, daß weiter der Lehrherr verpflichtet ist, die Lehrlinge zur Ablegung der Gesellenprüfung anzuführen (§ 131 c der Gewerbeordnung), und daß er sich strafbar macht, wenn er diese Pflicht gegen die ihm anvertraute Lehrlinge verlegt (§ 148 Abs. 1 Ziffer 9 der Gewerbeordnung). Lehrlinge, deren Lehrherrn einer Zustimmung nicht angehängt, haben ihre Gesuche um Zulassung zur Prüfung sobald als möglich und spätestens bis zum 1. Februar schriftlich an die Gewerbestammer zu richten. Dem Zulassungsgesuch sind beizufügen: 1. ein von dem Geschäftler selbständig bescheinigtes bzw. das Zeugnis des Lehrherrn darüber, daß und wie lange der Lehrling bei ihm in der Lehre steht; 2. das Zeugnis der Fortbildungsschule oder einer Fachschule oder einer sonstigen gewerblichen Bildungsanstalt, die der Geschäftler besucht hat; 3. Vorschläge für das Gesellenstück und Zustimmung des Lehrherrn hierzu; 4. die Prüfungsgebühr von 10 Mark. Bei Fehlbefreiung bzw. Befreiungen aus Vertrieben, die nicht zur Gewerbestammer gehören, beträgt die Prüfungsgebühr 15 Mark. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Ablegung der Gesellenprüfung, durch das in Interesse des Lehrlings selbst liegt, da nur dergestalt später zur Meisterprüfung zugelassen wird, der die Gesellenprüfung bestanden hat. Die Meisterprüfung muß aber jeder ablegen, der nach vollendetem 24. Lebensjahr Lehrlinge anleiten will.

Vom Mitteldeutschen Kalibergbau. Durch scharfe Rationalisierung ist es dem Kalibergbau gelungen, trotz schwieriger Verhältnisse seine Förderung zu steigern. Nach offiziellen Angaben ist die Zahl der im Jahre 1928 auf 12 im Jahre 1926 geklungen, die Förderung von 10998730 dt im Jahre 1926 auf 12939000 dt 1927 gestiegen, von 12939000 dt im Jahre 1927 auf 13939000 dt 1928. Der Preis für den Doppelzentner gegenüber 17,07 Mt. im Jahre 1918, liegt also erheblich unter dem Marktpreis. Von dem Inlandsverbrauch entfallen 90 Prozent auf die deutsche Landwirtschaft, während die restlichen 10 Prozent für industrielle Zwecke Verwendung finden. Interessant ist

der Verbrauch an Reinkalz durch die Landwirtschaft in den verschiedenen Ländern mit 2600 kg, dann folgt Deutschland mit 2800 kg, Großbritannien mit nur 500 kg, Frankreich mit nur 300 kg, Großbritannien mit nur 250 kg, Vereinigte Staaten mit nur 100 kg. Die besten ausländischen Abnehmer sind Holland, England, die nordischen Länder. Dann folgen Polen, die östlichen Randstaaten, Tschechoslowakei und Dänemark und in Uebersie nur allein Japan, während sich in den Vereinigten Staaten noch erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Man hofft, daß sich auch das Auslandsgeschäft weiter günstig entwickeln wird. Leider ist bei den Verhandlungen mit Frankreich den elassischen Werken eine verhältnismäßig hohe Quote überlassen worden.

Vab Vibra. Am Montag nachmittag fuhr ein Benzinanwagen aus Halle infolge Verfassens der Steuerung auf der Lauchaer Landstraße die feile Straßenführung hinauf und fiel um, wobei der Wagenführer Weiß eine Gehirnerschütterung erlitt.

Boigsteden. Auf Anordnung der Regierung sollen die Viehgräben im Helmegebiet sämtlich gehoben werden, damit sie aufnahmefähiger werden und der Wasserstand gesenkt wird. Eine Kommission hat sämtliche Gräben besichtigt und sich von dem schlechten Zustande überzeugt. Ein Teil der Gräben ist im Laufe der Zeit vollkommen verschwunden, sie werden nun alle frisch hergestellt. Hoffentlich werden die Arbeiten bei, wo es der Wasserstand zuläßt, recht bald in Angriff genommen.

Sangerhausen. Der Leiter der Filiale eines hiesigen Schokoladengeschäftes lebte in der ersten Zeit seiner jungen Liebe. Um sich nun den kritischen Blicken seiner Mitmenschen zu entziehen, kam er auf den Gedanken, sein Scherflein nachs in dem zur Filiale gehörenden Kontor zu halten. Die Schlüssel zur Filiale besaß er durch das Vertrauen seines Chefs. In einer der letzten Nächte hatte er nun wieder eine seiner Schönen in den „Schokoladenladen geladen“. Es war schon lange nach Mitternacht, als man im schönsten „Gesupf“ geföhrt wurde. Untermartet erschien der Chef des Hauses und stand vor den zu Bildsäulen erstarrenden Liebenden, die er in einer recht peinlichen Situation antraf: Es gab einen gewaltigen Krach. Vor dem Hause sammelten sich angelegte Straßenspassanten an — da kam die Maid mit elegantem Schmuck aus der Tür geflogen, begleitet von dem Besohle der Passanten, und hinter ihr her, seine liebe Sachen über dem Arme, der junge Mann. Im Schuge der Dunkelheit entsetzten sich beide schleunig von der Stätte, an der sie in ihrer jungen Liebe, ach, so grausame Enttäuschungen erleben mußten.

Merseburg. Erhängt hat sich im vorderen Stadtpark der 26jährige Arbeiter Paul Förber aus Oberhelbrungen.

Halle. Die Halle'sche Sparkasse hat in diesem Januar einen Refortzung an Spareinlagen von 1 Mill. Mark erreicht, während der Januar vorigen Jahres nur 600 000 Mt. brachte.

Worbis. Ein Heidenbüchlein wird aus Haynrode gemeldet. Auf dem Dorfsteig, der fast zwei Meter tief ist, brach die Eisdelle, als ein Junge dort Schlittschuh lief. Die am Ufer stehenden Kinder liefen schreiend davon. Nur ein siebenjähriger Knabe, der keine Schlittschuhen an den Füßen hatte, glitt zu dem laut um Hilfe rufenden Kameraden, der sich noch an der Eisdelle festhielt. Mit Aufbietung aller Kraft gelang dem kleinen Helden das Rettungswerk.

*** Ein Opfer der leichten Bekleidung.** Ein Opfer der leichten Bekleidung wurde in Sebnitz ein gesundes, kräftiges Mädchen, das einer Herenzugbindung erlag. — In Hagenborn i. S. wurde eine Dame wegen ihrer leichten Bekleidung das Opfer der Spottheit eines Arztes, bei dem sie sich wegen Erhaltungsschmerzen behandeln lassen wollte. Der Arzt gab der Dame ein Rezept zur gewissenhaften Befolgung mit. Der Apotheker war aber nicht in der Lage, das Rezept selbst herzustellen und wandte sich an ein Spezialgeschäft, um das nötige herbeizubringen zu lassen. Dann wurde der Dame vom Apotheker die Benutzung des „Medikamentes“ nochmals sehr warm empfohlen. Zu Hause angekommen, wollte die Dame das so empfohlene Arzneimittel ausprobieren, fand aber beim Auspacken nur — ein Paar molle Strümpfe vor! Zu diesem Arzte will jene Dame kaum wieder zur Konsultation gehen. — Auch bei uns kann man nur zu oft beobachten, daß die Weiblichkeit selbst bei der grimmigsten Beobachtung in dünnen, durchbrochenen Florstrümpfen dahergelockt. Wie übertriebene Mittelkeit sich manchmal rächt, zeigt obiger Fall.

Kab und Fern

Wettere Abnahme der Viehschlachten. Nach dem Stande der Viehschlachten im Reich vom 15. Januar 1928 hat die Anzahl der Ertränkungen an Maul- und Klauenseuche unter den Viehschlachten weiter abgenommen. So wurde am 15. Januar 1928 nur noch in 200 Schlachten, am 31. Dezember 1927 in 2332 und am 15. Dezember in 2381 Schlachten die Maul- und Klauenseuche festgestellt. Bei der Schweinefleisch im von 658 Schlachten am 31. Dezember 1927 auf 578 Schlachten am 15. Januar 1928 ebenfalls eine Abnahme an Seuchenfällen zu verzeichnen.

Ein Bantier erhebt seine ganze Familie. Der Inhaber der Bantirer Hofbau Privatbank Droste und Cie. wurde in seiner Wohnung im Schlafstübchen mit Frau und vier Kindern im Alter von vier und sechs Jahren erschossen aufgefunden. Nach den Feststellungen der Polizei hat Droste zuerst seine Frau, dann die beiden Kinder und sich selbst erschossen. Das Motiv der Tat scheint in sexuellen Vermögensverhältnissen zu liegen. Die Kunden seiner Bank werden ihre Einlagen zu einem Teil verlieren haben.

Wahrscheinliche eines Gelehrten. Der Privatgelehrte Dr. jur. et phil. Krauß starb in Frankfurt a. M. hat wertvolle Werke aus dem 15. und 16. Jahrhundert von den Beständen der Stadtbibliothek entnommen. Es wurde bei ihm eine große Zahl der fehlenden Bücher beschlagnahmt, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. An dem aber die Stadt das Eigentumsrecht für sich in Anspruch nimmt. Durch das Ergebnis von Revisionen, die in letzter Zeit vorgenommen wurden, sowie durch den Umstand, daß Krauß auswärtigen und hiesigen Antiquariaten letztere Drucke aus

eigenen Beständen zum Kauf anbot, wurde die Zeitung der Stadtbibliothek aufmerksam und veranlaßte eine Revision ihrer Bestände. Der entlassene Schabe n der Bibliothek beträgt 8 000 M a r t.

Drei Automobile voll Raifgeld beschlagnahmt. Die Ratier Polizei hat eine Raifgeldversteigerung ausgeführt. In der Versteigerung wurden alle zur Versteigerung von Raifnoten notwendigen Maschinen und Materialien sowie Borräte von fast 1, 2- und 5-Dollar-Noten, 5-Schubnoten, französischen 50-Franc-Noten, venezianischen 20-Noten-Noten sowie falsche venezianische Raifgeldpapiere gefunden. Man brauchte die 1 100 000 b f l e , um die beschlagnahmten Raifnoten abtransportieren zu lassen. Die Raifnoten sind von dem Raifnotendruckerey Herr Anton und Gesehnt. Die Raifnoten sind von dem Raifnotendruckerey Herr Anton nach einer perfekten Eiferleistung hergestellt worden. Goebel verurteilte dazu, sich selbst zu töten. Seine Verurteilung ist nicht lebensgefährlich. Die einhalbjährige Ehe war infolge des ungewunden Lebens der Raifnoten von Anfang an unglücklich und sollte gelöst werden.

Verlinge geboren. Eine in zweiter Ehe verheiratete Frau in Catania gebar Vierlinge, drei Mädchen und einen Knaben, die alle gesund sind. Bei der Bedeutung, die man in Italien dem Bevölkerungswachstum beilegt, hat dieses glückliche Familienereignis natürlich allgemeine Freude hervorgerufen.

Eine riesige Gesellschaft. Die Witwe von Stephen Hartman der zusammen mit Rockefeller sen. die Standard Oil Company (die größte Petroleumfirma der Welt) geerbt hatte, hat ein Vermögen von 107 Millionen Dollar (430 Millionen Mark) hinterlassen, für das 18 Millionen Dollar Erbschaftsteuer zu zahlen waren. Es ist dies das größte Vermögen, das je von dem Erben bezahlt wurde. Der Erbe der Verstorbenen, der der Haupterbe ist, erhält über 90 Millionen Dollar.

Dem Gerichtsvollzieher weggelassen. Wie aus New-York berichtet wird, ist der bekannte fliegende Acofta nach der Landung auf dem Flughafen in Westborough in New-York spurlos verschwunden. Eine Gerichtsverhandlung hat sich am 27. d. Mts. zur Verhandlung über den Fall auf sein fliegendes Besatzung lassen, worauf der Richter die Verhandlung anordnete. Acofta ist darauf in der Nacht aufgeflogen und auf Long Island gelandet. Von dort stieg er erneut auf, ohne sein neues Ziel anzugeben.

Bombenattentat in Chicago. Auf den früheren Chicagoer Polizeichef, Eymont, der jetzt in der Stadtverwaltung tätig ist, wurde ein Bombenattentat verübt. Die Bombe des Hauses wurde schwer beschädigt, doch wurde niemand verletzt. Befanctlich blüht das Verbrechen in seiner Stadt der Welt jo wie in Chicago.

Bunte Tageschronik

Erfurt. Bei Versuch in Thüringen wurde ein Bäckerwagen am Tage zertrümmert, ein Fährerleibung und der Bäcker schwer verletzt.

Wernsdorf. Ein Zeintrieb hat eine 72 Jahre alte Topfweberin, die angenommen wird aus Mittel, die zwölf Jahre ihres schwachmünnigen Entlassung aufgegeben und sich dann selbst die Brust abgetrieben.

Wien. Der Polizei ist es gelungen, zwei Autokunden zu verhaften, die in einem Bekleidungsunternehmen in Wien. Der Kommandant des persönlichen Kreuzers „Almirante Braun“ meldete durch Funkpost, daß sein Schiff bei einem Zusammenstoß mit dem persönlichen Kreuzer „S. 1“ auf der Höhe von Venedig beschädigt werden ist.

Familienverträge. Galt. Im Reich in Anhaltischen erhängte sich auf dem Hausboden der lehrreiche Walter Zander, wahrscheinlich durch einen wiederholten Verbleiben von Fortbildungsschulunterricht Vorhaben gemacht worden waren. Die Größtmutter eilt auf den Boden, in der Hoffnung, den Entfel nach unten zu können. Sie trat aber in der Hoffnung in ein auf dem Boden befindliches Loch und verlor sich so schwer, daß sie bald darauf im Vollenfalle starbenhaus verstarb.

Ein Eisenbahnwunder. Köln. Am 18. d. M. wurde auf dem hiesigen Betriebsbahnhof durch den Streifen der Reichsbahnüberwachungsstelle ein Eisenbahnwagen in einem Eisenbahnwagen der Reichsbahn festgehalten. Er hat bis jetzt eingehalten, seit September 1927 etwa fünfzig zum größten Teil schwere Einbrüche in Speise-, Bad- und Postwagen. Auf dem Bahnhof wurde ein Eisenbahnwagen in einem Eisenbahnwagen der Reichsbahn festgehalten. Auf seinen Reisen fuhr und auch durch Deutschland trag. Seine sechs Lokomotivführer sind ihm in einem Eisenbahnwagen der Reichsbahn festgehalten. In mehreren Fällen ist er angehalten worden, er wußte sich aber durch seine Geschwindigkeit und geschickter Reiterei über die Bahn einer Festnahme zu entziehen.

Bewegung bei den Bergarbeitern.

Streikandrohung für Anfang Mai. In einer in Bochum abgehaltenen Konferenz von etwa 700 Delegierten des Alten Bergarbeiterverbandes aus dem ganzen Ruhrbezirk wurde einstimmig eine Entschlüsselung angenommen, in der unter Hinweis auf die zu niedrige Entlohnung und die erhöhten Lebensverhältnisse an der Kräfte der Bergarbeiter durch die Mechanisierung und das Antriebsfeld eine

bedeutende Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert sowie die Organisationsleitung beauftragt wird, zum 30. April die Kündigung des Lohnarbeitsvertrages und des Lohnarbeitsabkommens auszusprechen. Zu bemerken ist, daß die Kündigung des Lohnarbeitsabkommens für das einwöchentliche Kündigungsfeld besteht, spätestens am 1. März, die des Lohnarbeitsvertrages, der mit einmonatiger Kündigungsfrist läuft, spätestens am 1. April erfolgen muß. Auch die christlichen Bergarbeiter für Lohrerhöhung.

In mehreren von christlichen Gewerkschaftsbereinen des Bezirks Bochum abgehaltenen Zahlungsverfammlungen wurde ein gemeinsames Vorgehen mit dem alten Verband in Sachen Lohnarbeits- und Arbeitszeitabkommen gefordert.

Männergesang im Gerichtssaal.

Gräfen und Singen sind zweierlei. Ein interessantes Urteil für alle Zuhörer fällt kürzlich ein Regener Gericht unter Vorsitz des Richters Dr. Steingold in einer Verurteilungsverhandlung gegen vier Mitglieder der „Carnervereinigung „Unterwerk“ und einen Vize der hiesigen Polizei.

Im Sommer vergangenen Jahres hatten die vier Zuhörer ihren Freund, den besagten Vize, in seiner Reklamation aufgeföhrt, einesseits, um die trodden Reben anzu-

Der Orkan in Amerika.

Chamberlin muß nottun.
Der Orkan, durch den das Schulhaus von Holmesceel (Pennsylv.) umgeworfen wurde, hat in den Süd- und Oststaaten großen Schaden angerichtet. Die Telegraphen-, Telefon- und Lichtleitungen sind an vielen Stellen unterbrochen. Die Ausläufer des Orkans richteten auch im Bezirk von New York beträchtlichen Schaden an. Ein auf dem Dache eines eiförmigen Geschäftshauses der New Yorker Dörfle aufgestellter Wasserfaß wurde durch den Sturm umgeworfen. Der Tauf durchgeführte vier Stadtwerte. Man befürchtet, daß unter den Zimmerern mehrere Personen begraben worden sind.

Zahlreiche Schiffe wurden von den Häfen abgerufen und Hunderte von Passagieren eingekerkert. Im Coney Island wurde ein unbewohntes zweistöckiges Haus umgerissen. Auch ein Teil des Daches des Ansonia-Hotels wurde fortgerissen. Die Schifffahrt ist durch den Orkan stark behindert. Ein Dampferschiff ist gesunken, ebenso ein altes ehemaliges holländisches Kanonenboot am Ood in Brooklyn. Aus Rhode Island wird gemeldet, daß ein Schoner an einem Felsen zerbrochen wurde. Aus Altoona (Pennsylvanien) wird berichtet, daß Cham Berlin, der trotz des Orkans seinen Rundflug fortgesetzt hatte, eine Notlandung vornehmen mußte. Eine der Tragflächen wurde bei der Landung beschädigt. Der Flieger ist unverletzt.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

am Montag, den 30. Januar 1928, abends 8 Uhr im Gasthof „Weißes Roß“.

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahmen.
2. Wahl des Protokoll der Stadtverordnetenversammlung.
3. Wahl der Beisitzer für das Mietminderungsamt.
4. Beschlußfassung über Aufhebung der von der Gewerkschaft Orlas angekauften Brache.
5. Kenntnisnahme von der Herabsetzung der Verdingungsbedeut für die Anstreicher auf 830,- M. und Zustimmung zu der Herabsetzung.
6. Bewilligung von Mitteln für Aufstellung einer Vogel-schutzkarte.
7. Beschlußfassung über Aufnahme einer Anteile.
8. a) Beschlußfassung über Erhöhung der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer;
b) Beschlußfassung über Erhöhung der Zuschläge zur Gewerbesteuer nach den Beiträgen und Kapital;
c) Beschlußfassung über Genehmigung der Wertsteuer.
9. Beschlußfassung über die Eingemeindung der Ortsbezirke Nebra und Birklar in den Stadtbezirk.

Nebra, den 24. Januar 1928.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Brettnis.

Die Geschäftsräume der städtischen Kassen

sind am **Sonntag, den 28. Januar** für den Verkehr mit dem Publikum **geschlossen**. **Montag, den 30. Januar** 1928 befinden sich die Geschäftsräume in dem Grundfund **Wasserweg Nr. 10.**

Nebra, den 27. Januar 1928.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Verordnung

über die Regelung der gesetzlichen Miete.

Auf Grund des § 22 des Mietschutzgesetzes vom 24. März 1922 (R. G. Bl. S. 275) sowie der §§ 2 und 3 des Gesetzes über den Gebührentauschgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1926 (R. G. Bl. S. 251) wird für alle Gemeinden, für die keine andere Regelung getroffen wird, mit Wirkung vom 1. April 1928 folgendes angeordnet:

Die Berechtigung des Vermieters zur Umlegung von Grundvermögenssteuerzuschlägen auf die Mieter gemäß der Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 25. Juni 1924 (Preussische Gesetzesammlung S. 570) erstreckt sich nicht auf solche Grundvermögenssteuerzuschläge, die als Abgeltung für die im § 21 der Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen vom 17. April 1924 (Preussische Gesetzesammlung S. 474) in Verbindung mit Nr. X u 2, 3 und 6 der Ausführungsbestimmungen zum Mietschutzgesetz vom 4. August 1923 (Preussische Gesetzesammlung S. 382) bezeichneten Betriebskosten beschossen und erhoben werden.

Berlin, den 4. Januar 1928

Das Preussische Staatsministerium.

Wird veröffentlicht:

Nebra, den 26. Januar 1928

Der Magistrat. Statmann.

Öffentliche

Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für die Frühjahrsvoranlage 1928.

Die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuererklärungen für das Kalenderjahr 1927 und für die in der Zeit vom 1. 7. 1927 bis 31. 12. 1927 endenden Wirtschaftsjahre sind in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1928 unter Vermittlung der vorzuschreibenden Vorbrude abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, erhalten von Finanzamt einen Vorbrud ausgehändigt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz und Umsatzsteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vorbrud nicht überhandt ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Vorbrude vom Finanzamt anzufordern.

Duerfurt, im Januar 1928.

Das Finanzamt.

Grosswangen

Sonntag, den 29. Januar

Masken-Ball

Hierzu ladet freundlichst ein **B. Stops.**



Erdrutsch und Erdbeben.

In Italien und Alaska.

Das Städtchen Carabine in Kalabrien, das seit Jahren durch wiederholte Erdrutsche betroffen wurde, ist wieder heimatsucht worden, wodurch sieben Häuser zerstört wurden und 40 Säuler in große Gefahre gekommen sind, da sie sich in der Nähe des langsam rutschenden Gerölls befinden. 300 Personen sind obdachlos. Mussolini hat für die unmittelbare Hilfeleistung 200.000 Lire anweisen lassen. Der japanische Kaiser hat sich in das bedrohte Gebiet begeben, um die nötigen Maßnahmen zu treffen.

In Wien und Umgebung, insbesondere in der Gegend von Schwadorf, wurde ein schwaches Erdbeben verspürt, das keinen Schaden anrichtete. Dagegen wurde die Stadt Seaward in Alaska (Amerika) von einem starken Erdbeben heimatsucht.

Achter Reichslandbundtag.

Der Reichslandbund hält am Montag, den 30. Januar, mittags 12 Uhr, im Zirkus Busch und im Großen Schauspielhaus in Berlin den Achten Reichslandbundtag ab. In beiden Versammlungen wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, in einer Begrüßungsansprache das Wort ergreifen. Die Hauptredner halten die Präsidenten des Reichslandbundes,

„Ratskeller“

Sonntag, den 29. Januar 1928

Großer Volksmaskenball

10 Uhr: Prämierung der 5 schönsten Masken

Hierzu ladet freundlichst ein

Franz Koch und Frau.

Stadt-Lichtspiele Prenß. Hof

Sonntag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

„Liebele“

Schauspiel von Arthur Schnitzler

Ferner:

Brautfahrt mit Hindernissen

Es ladet freundlichst ein

Max Bergwardt.

Alle Drucksachen

für jeglichen Privat- und Geschäftsbedarf in einfacher und feinsten Ausführung werden jederzeit in kürzester Frist bei billigster Preisberechnung geliefert

Wilh. Sauer
Buchdruckerei Koblentz a. Unstr.

F. POPPE
Rechtsbeistand, Wiehe
Am Dienstag, d. 31. Jan.,
12-13 Uhr
im „Weißes Roß“ zu Nebra.

Büchlinge
Hund 35 Pfg., empfiehlt
Ww. Meitz.

Teppiche - Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten lieferbar.
Teppichhaus Agaya Glück,
Frankfurt a. M. 636
Schreiben Sie sofort!

6-8 Stück kleine
Läuferdweine
(auch einzeln) verkauft
Fr. Maertens.

Fast neue Hobelbank,
verschiedene
Tischlerwerkzeuge
zu verkaufen
Leutroth, Wohlmirch.

Spielfarten
bei **Wilh. Sauer, Koblentz**

Reichslandsabgeordneter **Sepp** und **Graf Raldreuth**. Ferner werden Vertreter des Brandenburgischen Landbundes und des auslanddeutschen Landvolkes angesprochen haben. In beiden Verhandlungen findet außerdem ein Wahneinmütigkeit statt.

Reichsbeihilfe für das Schulgesetz.

Einmaliger Kostenbeitrag.

Im Bildungsausgleich des Reichstages wurde die Beratung des Schulgesetzes fortgesetzt. Senator **Frank**, Hamburg, erklärte, die hamburgische Schulverwaltung habe ihre Kostenrechnung sehr sorgfältig aufgestellt und sie dabei auf 150.000 Mark für dauernde Ausgaben gekommen. Die hamburgische Regierung könne diese Mittel nicht aufbringen. Damit war die Befreiung der Kostenfrage beendet.

Unter Ablehnung aller übrigen Anträge wurde der Antrag der Regierungspartei angenommen, der folgenden neuen § 21 in die Vorlage einfügt: „Zur Befreiung von Mehrkosten, die infolge der Durchführung dieses Gesetzes den Ländern und Gemeinden erwachsen, stellt das Reich den Ländern eine einmalige Beihilfe zur Verfügung. Über die Verwendung der Mittel und den Zeitpunkt ihrer Verteilung entscheidet die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichstag.“

Den geehrten Einwohnern von Nebra und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich meine

Schroterei und Futtermittel-Handlung

an Herrn

Otto Beier, Nebra

übergeben habe. Derselbe wird das Geschäft in der bisherigen Weise weiterführen.

Indem ich meiner geehrten Kundschaft für das mir entgegengebrachte Vertrauen danke, bitte ich daselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Hochachtungsvoll **Wilhelm Janse**

Besprechungen auf Verleihendes bitte ich, das meinem Vorgesetzten gelegentlich Vertrauen auch mit entgegenzubringen. Ich werde stets bemüht sein, meine wertere Kundschaft in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

Hochachtungsvoll **Otto Beier**

Lockere Zähne

(Ein Urteil von Vielen): Ohne Aufforderung erlaube ich mir hiermit Ihre Zahnlücke, „Glorodont“ meine Anfertigung auszuführen. Durch Ihre Zahnlücke wurde ich auf Ihre Gegenwart aufmerksam und hätte lieber folgende hervorragende Wirkung fest: Meine Zahnlückenbehandlung zwischen den Zähnen ging nach dem Gebrauch Ihres glänzenden Glorodont bereits nach einigen Tagen sicher zurück, um nach 14 Tagen vollkommen bereits ausgeglichen zu sein. Nach abermaliger 14 tägiger Behandlung mit Ihrer Zahnlücke begann sogar das zurückgegangene Zahnlücke wieder anzunehmen. Heute, nachdem ich zwei große Zahnlücken verheilt habe, verliere ich wieder über einen Zeitraum gelähmten Mund und Zähne. Ihre Zahnlücke wird bei mir nie mehr ausgehen, wie ich auch baselnde in meinen Bekanntenkreisen nur lobend empfehle. Ich bin froh, nun nach langem Suchen ein Rezept gefunden zu haben, das sich den gelährtesten Zahnärztinnen der modernen Zahnheilkunde entspricht. **Ludwigsfelde a. Rh. S. D.** (Originalbrief bei meinem Notar hinterlegt) Nr. 9

Teckzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1.00 M., Glorodont-Zahnlücken 1.25 M., für Kinder 70 Pfg., Glorodont-Mundwasser 1.25 M. zu haben in allen Glorodont-Verkaufsstellen. Man verlange **nur echt Glorodont** und werte jeden Erfolg dafür zurück.

Stellen-Anzeigen

für den

„Personal-Anzeiger des Daheim“

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 90 Pfg. für die Zeile (= 7 Zeilen) bei Stellenangeboten und nur 70 Pfg. bei Stellengehenden.

Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig abzugeben.

Buchdruckerei **Wilh. Sauer, Koblentz.**

| | |
|---|--|
| H obelstühlen Stabretter Fußleisten in sauberster Bearbeitung | K antholzlisten Dachlatten Schalbretter in allen Stärken |
| Tischlerbretter Fichte und Kiefer, besäumt und unbesäumt in allen gangbaren Dimensionen am Lager | |
| Thüringer Holzwerke, Rossleben Fernsprecher 03 Am Bahnhof | |

Neubauer-Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Bohnanfilialen 1.10 Mfr.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmetall 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtparkasse Neuba — Bankverein Artern.

Nr 12

Sonnabend, den 28. Januar 1928

41. Jahrgang

Ein Armutszeugnis.

In den nächsten Tagen tritt der Reichsverband der deutschen Landwirte in einer Tagung zusammen. Neben manchem andern steht auch das ewig alte und ewig junge Thema „Erziehung der Wohnungsbaufrage“ auf der Tagesordnung.

Eine Denkschrift der Reichsregierung verurteilt vor kurzem nachdrücklich, daß die Wohnungsnot in den Gemeinden von 5000—20 000 Einwohnern verhältnismäßig weniger schlimm ist als in den größeren Städten, geschweige denn in den Großstädten. Das mag richtig sein, aber sie ist trotzdem schlimm genug. Man kann es auf Grund dieser Feststellung in vielerlei Beziehung, das in Förderung des Wohnungsbaues einleitet, hauptsächlich zum Nutzen in verhältnismäßig höherem Maße dort abgeben werden, wo die Not am größten ist, aber die Landgemeinden werden demgegenüber den Standpunkt der Wohnungsnot in den Großstädten hat ihre Ursachen nicht zuletzt in der ungehinderten Abwanderung vom Lande, die durch eine Einberufung der Wohnungsbaufrage in den Großstädten eher noch gefördert wird, während der dortige Wohnungsmangel jetzt noch etwas hemmend wirkt. Hierin liegt zweifellos ein richtiger Kern: verdrängt doch Berlin sein nächstums liegendes die Umwanderung erheblich übertrifft, während in Berlin mehr Menschen sterben als geboren werden und schließlich kann man es den Landgemeinden nicht verdenken, daß ihnen das Hemd der eigenen Wohnungsnot näher ist als der Not des Wohnungsbedarfs in den Großstädten. Bevölkerungspolitisch ist das aber durchaus zu unterlassen, weil die Wohnungsnot zweifellos andererseits auch die Abwanderung fördert: hoffnungslos denkt so mancher, er werde in der Großstadt „Sühnung“ schon finden — um dann allerdings in der Regel bitter enttäuscht zu werden. Der Besitz ist ganz besonders gefährlich: denn dort gibt es schon über 100 000 Wohnungen zu wenig und die Verwaltung hat gerade in den letzten Jahren mitteln lassen, daß in dem jetzt beginnenden Baujahr nur 18 000 neue Wohnungen errichtet werden können, da für mehrere die Mittel fehlen. Der jährliche Zusatzbedarf beträgt aber 20 000. Auf eine Einberufung der Berliner Wohnungsnot ist also nicht nur nicht zu rechnen, sondern es wird dort eher noch schlimmer werden.

Und wie wird es sonst werden, ganz allgemein in dem Reich? Eine Denkschrift der Reichsregierung bespricht den augenblicklichen Bedarf an Wohnungen, also die Zahl der fehlenden über 600 000. Das ist sehr niedrig gefasst, da die Bevölkerung nicht auf Gemeinden heruntergeht, die weniger als 5000 Einwohner aufweisen. Und jedes Jahr — seit 1919 — ist ein durchschnittlicher Zusatzbedarf von 200 000 Wohnungen zu verzeichnen gewesen. Ist es aber in diesen ganzen Jahren erst ein einziges Mal gelungen, so viel neue Wohnungen zu bauen, wie dieser Zusatzbedarf betrug. Das war 1926; hoffentlich wird man es demnächst auch vom Jahre 1927 sagen können. Aber es sind nur ein paar tausend Wohnungen, die mehr als nur den Zusatzbedarf decken, unerschöpflich gegenüber dem gewaltigen Bedarf von 600 000. Noch ist die Hoffnung in Regierungskreisen, denn auch nicht, daß in nächster Zeit eine radikale Einberufung der Wohnungsnot eintritt; man trübt sich vielmehr damit, daß sich ab 1935 die Kriegssorgen geltend machen würden. Kriegssorgen? Ja, denn in den Jahren 1915—1919 ist ein sehr verändlicher Markt für Geburten und Abgang erfolgt, der sich 20 Jahre später auch in der Wohnungsfrage auswirken wird. Diese Kalkulation ist zweifellos richtig, aber — ein Armutszeugnis. Und im Hauptanlauf des Preussischen Landtages hat man gerade erklärt, daß die Ausschüsse für die Wohnungsnotausbesserung infolge Kreditmangels und fehlender Mittel durchaus nicht rosig sind.

Das braucht eigentlich erst gar nicht verheißt zu werden; denn sie waren überhaupt nie rosig.

Deutschland und Litauen.

Beginn der Berliner Verhandlungen.
Nachdem in einer Unterredung zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und dem zurzeit in Berlin weilenden litauischen Ministerpräsidenten Wolodemas die grundsätzlichen Fragen für die deutsch-litauischen Beziehungen geklärt worden sind, haben heute die Unterhandlungen mit den einzelnen Sachveraltern begonnen. Es wird mit einer etwa zwei- bis dreitägigen Verhandlungsdauer gerechnet. Über den Inhalt der Verhandlungen wird voraussichtlich erst nach deren Abschluß Näheres mitgeteilt werden.

Beistand für Landwirte gesichert.

Die Spanne zwischen Vieh- und Fleischpreisen.
Die immer eindringlicher laut werdenden Notrufe aus der Landwirtschaft haben nunmehr zu bestimmtem Erfolg geführt. Im Ausschuss des Reichstages wurden die von den Regierungsparteien vereinbarten Anträge im Interesse der Landwirtschaft angenommen. Sie haben zum Inhalt einmal die Gewährung von zinslos zu sichernden Krediten zur Entlastung von

drückenden schwebenden Schuldverpflichtungen der Landwirte; diese Kredite sollen auch zur Erleichterung der Kredite der Roggenkultoren verwendet werden. Vorauszusetzen ist, daß die rationelle Fortführung der Betriebe erwartet werden kann. Die Reichsregierung soll ferner ersucht werden, für die Ausübung der Richtigungsarbeiten die für die Ausführung der Zentralkontrollen erforderliche Summe zu tragen.

Auch soll bei den Landesfinanzämtern auf Jückerlaß und Zenervermittlung hingewirkt werden. Endlich wird die Reichsregierung um eine Denkschrift über die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiter sowie über die sozialen Aufgaben der Landwirtschaft ersucht. Umwände fand auch ein denkschriftlicher Antrag, zum Zweck der Schaffung der Metallindustrie der deutschen Wirtschaft die Preise für die sämtlichen Dingenmittel in ein angemessenes Verhältnis zur Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung zu bringen.

30 Millionen zur Regelung des Viehmarktes.

Während der Aussprache nahm Reichsminister Schiele noch zu mehreren Fragen Stellung und führte aus:
Auf dem Gebiete des Vieh- und Fleischmarktes herrscht ein völlig unangenehmes System, das geordnet werden muß. Es mißt wieder eine vernünftige Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen hergestellt werden. Namens der Reichsregierung gab der Minister die Erklärung ab, daß das Reich zur Organisation des Absatzes von Schlachttiere und von Fleisch und Geflügel, die diesem Zweck dienen, Mittel bis zum Betrage von 30 Millionen Mark zur Verfügung stellen werde.

Aber diese Erklärung des Reichsernährungsministers entspricht sich eine längere, zum Teil kritische und ablehnende Ansprache, in denen Reichsminister Schiele ausführte: Es trifft nicht zu, daß die Einfuhr von Geflügel quantitativ geringer ist als die Einfuhr von anderem Fleisch. Die Einfuhr von Fleisch betrug für das Jahr 1927 insgesamt 2 099 542 Doppelzentner, davon sind ungefähr 1 2 Millionen Doppelzentner Geflügel. In der weiteren Debatte sagte der Minister: Es ist hier die Frage der Sortenreinheit der Vieh- und Schlachttiere. Dazu kann ich erklären, daß die Idee besteht ist, aber die wirtschaftliche Grundlage ist noch zu prüfen. Im Jahre 1926 sind 400 000 Mark für Verträge zur Verfügung gestellt worden. Es wird die Möglichkeit dazu vorliegt, werden wir diese Frage der Durchführung zuführen. Der Reichsminister erklärte, daß die Förderung der Wirtschaftlichkeit ist ein Ziel, welches vom Reichsernährungsminister einem weitaus größeren, von zehn Millionen Mark zu erhalten, so daß den Ländern für diese Zwecke jetzt insgesamt 18 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

Dr. Luther bleibt bei der Reichsbahn.

Keine klare Rechtsgrundlage.
Reichsminister a. D. Dr. Luther läßt eine Erklärung verbreiten, in der er die Weigerung ausdrückt, zugunsten des preussischen Rechtsanspruches aus dem Verwaltungsrat der Reichsbahn auszuflechten.
Der prägende Punkt der ganzen Angelegenheit sei der, daß das bekannte Urteil des Staatsgerichtshofs keine Verpflichtung irgendeines Mitgliedes des Verwaltungsrats zum Rücktritt setze und also die Pflicht jedes Verwaltungsratsmitgliedes, das von ihm übernommene weiterzuführen, nicht aufhebe. Das Urteil des Staatsgerichtshofs enthält nichts weiter als die Anerkennung eines Anspruchs des Verwaltungsrats, das das ausgeschiedene Mitglied des Verwaltungsrats, Geley keine seine Wehrbarkeit der Ernennung auf eine einzige Ausnahme, die aber mit dem vorliegenden Falle nichts zu tun habe. Es könne nicht Sache einzelnen Mitgliedes des Verwaltungsrats sein, die allgemeine politische Verantwortung des Verwaltungsrats auf sich zu nehmen. Dr. Luther ist der Ansicht, preussische Regierung müsse eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs betreiben, die eine klare Rechtsgrundlage bringe.

Die Grenzen für Kleinrentnerentschädigung.

Wo soll der Rechtsanspruch aufhören?
Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages legte bei der Beratung des Gesetzesentwurfes zur Begleichung der Rechtsansprüche der Kleinrentner die Frage bis zu welcher Grenze Kleinrentner unter das Gesetz fallen sollen. Es lag ein Antrag der Deutschen Partei vor, nach dem diejenigen einen Rechtsanspruch erhalten sollten, die im Besitz eines Ehegattenverdienstes mindestens 10 000 Mark bzw. eines Zinsverdienstes 500 Mark gewesen sind, während von sozialdemokratischer Seite beantragt wurde, die Grenze des Rechtsanspruches bei 1000 Mark festzusetzen. Der Ausschuss entschied sich dafür, daß die Grenze von 1000 Mark nicht in Betracht kommen könne, feste aber eine feste Puffer noch nicht. In den Kreisen der Regierungsparteien erwartet man, daß im Interaktionellen Ausschuss eine Einigung zustande kommt, daß der Rechtsanspruch auch hinsichtlich der Grenze des Ehegattenverdienstes so gestaltet wird, daß möglichst weite Kreise befriedigt werden.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Die Finanzlage der Reichsbahn.
Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigt sich eingehend mit der finanziellen Lage der Gesellschaft. Er nahm davon Kenntnis, daß der Abschluß der Reformarbeiten und die Eröffnung der Drischloßaufträge eine weitere Erleichterung der Personalausgaben bewirkt haben und daß eine gewisse Steigerung von Preisen für Holzstoffe und Fertigerzeugnisse eingetreten ist. Die Frage der Ausgaben für Unterhaltung und Erneuerung der Reichsbahnanlagen und insbesondere die Frage der Deckung des Kapitalbedarfs für verbundene Anlagen standen im Mittelpunkt der Beratung. Der Verwaltungsrat wird seine Beratungen in kurzer Frist fortsetzen. Die sachverständigen Vorschläge wurden vorgenommen. Sie ergaben die Wiederwahl der Herren Dr. C. v. Selenus als Präsident, Staatssekretär a. D. Dr. Siefert als 1. Vizepräsident und Generaldirektor Maurice Wago als 2. Vizepräsident.

Was die Reichsfinanzgesamtheit anbelangt.
Nach einer letzten bekanntwerdenden Auffassung haben die Aufwandsbeschätzungen der Reichsfinanzgesamtheit sich seit 1924 verdoppelt, da sie seither von 2,29 auf 4,44 Millionen Mark gestiegen sind. Sie belaufen sich heute auf 9000 Mark für jedes Mitglied des Reichstages, zu denen noch die Reichsfinanzminister mit 1,25 Millionen oder 2500 Mark pro Parteimitglied kommen. Daneben beziehen die Abgeordneten Entschädigungen für die Teilnahme an Untersuchungsausschüssen.

Die Pflanzmännerei im Strafrecht.
Im Ausschuss des Reichstages wurde der 15. Abschnitt, der die Pflanzmännerei behandelt, erledigt. Im § 217, der die Weigerung fälschen oder vermindern der Strafe bedroht, wurde die Strafandrohung der Höchststrafe von sechs auf drei Monate befristet.

Anfechten für Kleinwohnungen produktiv.
Der Hauptanstoß des Preussischen Landtages nahm einen Antrag der Abgeordneten Dr. Spidemann, Dr. Grundmann und Werkmayer an, durch den die Staatsregierung ersucht wird, ihren Einfluß in der Beratungsstelle für äußere Landesangelegenheiten dahin geltend zu machen, daß die Nichtführung durch eine Behörde ergänzt werden, nach der fünfzig Anfechten für Bauzwecke von Kleinwohnungen als produktiv anerkannt werden.

Die Zerstörungsmächte in Gießen und in Fulda.
Die Zerstörungsmächte sind gar zu sehr und mit Nichtachtung ihrer Meldungen beforzte Preiskontrollen hatten die Nachricht von der Festnahme einiger Reichswehrangehörigen in Gießen und in Fulda mit Andeutungen von einer großen Landesverratsaffäre ausgeschmückt. Es handelte sich dabei um fünf Männer. Von zukünftiger Seite wird nun mitgeteilt, die militärischen Vorgehensweisen seien unrichtig. Auch Unvorsichtigkeit ist den Funktionären sehr verzeihenlich verboten, da sie unter Umständen Schaden bringen kann. Es läßt sich wohl wahrscheinlich nur militärischer Ungehorsam in Frage. Die Entlastung wird zurzeit untersucht.

Musik und Musikanten.

Staatsrat wählte Oberwachmann zum Vizepräsidenten.
Der Reichstag wählte Oberwachmann zum Vizepräsidenten, dem Graf Wernigerode den zweiten Vizepräsidenten, Landrat v. Bredehoft-Nath. Die Preussische Landesversammlung, die die Billigung des Gesetzes über die Reichswehrangehörigen in Gießen und in Fulda mit Andeutungen von einer großen Landesverratsaffäre ausgeschmückt. Es handelte sich dabei um fünf Männer. Von zukünftiger Seite wird nun mitgeteilt, die militärischen Vorgehensweisen seien unrichtig. Auch Unvorsichtigkeit ist den Funktionären sehr verzeihenlich verboten, da sie unter Umständen Schaden bringen kann. Es läßt sich wohl wahrscheinlich nur militärischer Ungehorsam in Frage. Die Entlastung wird zurzeit untersucht.

Abwanderung in Odenburg.
Die Abwanderung in Odenburg beträgt an der etwa 25 000 bis 30 000 Einwohner des Odenburger Landkreises. Dr. Müller, Vorsitzender des Ausschusses für die Abwanderung, hat die Abwanderung in Odenburg als ein Problem der Landwirtschaft, des Handwerks, der Viehzucht und der Brauindustrie. Es würde eine Denkschrift mit den von

